



KAPER BRIEF

Piratenzeitung

KOPF FREI FÜR VERÄNDERUNG

Freiheit statt Angst gilt für die Piraten auch in der Sozialpolitik. Dem von Überwachung und Sanktionen getragenen Sozialstaat mit seinem zentralen Element Hartz IV, wie ihn die etablierten Parteien vertreten, setzt die Piratenpartei Deutschland die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) entgegen. Eine Reform des festgefahrenen Sozialsystems, an dem ständig Korrekturen und Anpassungen vorgenommen werden, ist dringend notwendig und überfällig. Es darf nicht sein, dass große Teile der Bevölkerung aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden und sie in ihrer Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben gehindert werden. Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist das wichtigste Gebot des Grundgesetzes. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.

Da als vorrangiges Ziel der bisherigen Wirtschaftspolitik eine Vollbeschäftigung immer illusorischer wird, soll ein Einkommen zur Existenzsicherung jedem garantiert werden. So wie heute bereits öffentliche Sicherheit, Verkehrswege und weite Teile des Bildungssystems ohne direkte Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden, soll auch die Existenzsicherung Teil der Infrastruktur werden.

Wir sind uns bewusst, dass ein solch grundlegender Umbau unseres Sozialstaates eine Mammutaufgabe ist und nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Aber wir können uns informieren und überkommene Denkmuster überprüfen. In dieser Ausgabe des Kaperbriefs stellen wir einige der vielen Ansätze zur Diskussion.

Sozialpolitik der Piraten

Grundeinkommen statt Hartz IV

Seite 2

BGE ist bezahlbar!

Finanzierungsmodelle

Seiten 4-5

Macht Grundeinkommen faul?

Kapergespräch mit MdA Pavel Mayer

Seiten 8-9



BGE – MINDESTLOHN – LEIHARBEIT

SOZIALPOLITISCHE SCHWERPUNKTE des Piratenprogramms

BEGRENZUNG LEIHARBEIT

Leiharbeit stellt für die Wirtschaft ein sinnvolles und notwendiges Instrument dar, um Auftragspitzen zu bewältigen. In den vergangenen Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass dieses Instrument von immer mehr Unternehmen dazu missbraucht wird, den Kündigungsschutz und Tarif- bzw. Mindestlöhne zu umgehen.

In einzelnen Unternehmen stellen die Leiharbeitskräfte mittlerweile selbst betriebsintern eine Art Konkurrenz und Druckmittel gegen die Stammbesellschaft dar. Oftmals kosten die Leiharbeiter die Arbeitgeber sogar noch weni-

ger als Mitarbeiter der Stammbesellschaft, da die Entleiher die Leiharbeiter zu Niedrig(st)-Löhnen beschäftigen. Dies führt langfristig in die Niedriglohnschneise.

Leiharbeit sollte aus diesem Grund – wie dies in der Vergangenheit auch schon einmal der Fall war – begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal erlaubte Überlassungsdauer von sechs Monaten für Leiharbeitnehmer festlegen. Die Piratenpartei wird das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend anpassen.

Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden.

Zusätzlich werden wir eine Höchstquote von Leiharbeitern je Unternehmen bezogen auf die jeweilige Stammbesellschaft in Höhe von zehn Prozent einführen.

ABSCHAFFUNG VON HARTZ IV SANKTIONEN

Für die **Abschaffung** und sofortige Nichtanwendung (Moratorium) der Sanktionen bei Hartz IV plädiert die Piratenpartei Deutschland im Rahmen der aktuellen Sozialpolitik und fordert eine Verbesserung der Situation der Erwerbslosen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist ein Ziel der Piratenpartei, um das „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ für alle Bürger zu sichern. Im Einzelnen verfolgt der Beschluss auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011, der mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen wurde, folgende Zielsetzungen:

Die Sicherung von Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe soll als individueller Rechtsanspruch ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden. Da die Realisierung einer derartigen Reform einen gewaltigen und grundlegenden Umbau unseres Sozialstaats bedeutet, wollen wir dies nicht mit herkömmlicher Parteipolitik umsetzen, sondern eine breite Beteiligung aller Bürger anbieten.

Inzwischen wächst die Zahl vieler engagierter Menschen, Wissenschaftler, Sozialpolitiker und von Arbeitspolitik unmittelbar Betroffener, die sich in- und außerhalb von Parteien für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen. Wir wollen dieses Engagement auf die politische Bühne des Bundestages bringen und mit den dortigen Möglichkeiten eine breite und vor-

allem fundierte Diskussion in der Gesellschaft unterstützen.

Dazu wollen wir eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag gründen, deren Ziel die konkrete Ausarbeitung und Berechnung neuer sowie die Bewertung bestehender Grundeinkommens-Modelle sein soll. Für jedes Konzept sollen die voraussichtlichen Konsequenzen sowie Vor- und Nachteile aufgezeigt und der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Zeitgleich werden wir uns im Bundestag dafür einsetzen, dass noch vor Ende der Legislaturperiode die gesetzlichen Grundlagen für Volksabstimmungen auf Bundesebene geschaffen werden. Sie sollen den Bürgern ermöglichen, sowohl die in der Enquete-Kommission vorgestellten als auch andere Grundeinkommens-Modelle als Gesetzentwurf direkt zur Abstimmung zu stellen.

Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzt sich die Piratenpartei für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein.

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN „BGE“

UNSER SOZIALSYSTEM IN SCHIEFLAGE

ARBEITSLOSIGKEIT UND PREKÄRE ARBEITSVERHÄLTNISSE stellen den klassischen Sozialstaat in Frage

Als Reichskanzler Otto von Bismarck in den 1880er Jahren mit der Einführung der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung auf die steigende soziale Not der Arbeiterschaft reagierte, schuf er das heute noch gültige Modell des Sozialstaates, das von vielen anderen Ländern übernommen oder kopiert wurde. Damals funktionierte dieses System gut, da sich Versicherungsbeiträge und Leistungen die Waage hielten und nur minimale staatliche Zuschüsse erforderlich waren.

Heute ist die Situation eine völlig andere: Aus den Versicherungsbeiträgen können beispielsweise die Kosten der Arbeitslosigkeit schon lange nicht mehr bestritten werden; mehr als die Hälfte werden von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht. Bei den anderen Leistungsbereichen sieht es nicht besser aus. Kürzlich erst fehlten den Krankenkassen 10 Milliarden Euro, dann entstehen wegen der demografischen Veränderungen und der durch die Massenarbeitslosigkeit geminderten Einnahmen Defizite bei der Pflegeversicherung, das Rentenalter soll ebenfalls aus Finanzierungsproblemen erhöht werden und so weiter und so weiter.

Die Sozialpolitiker versuchen die Löcher zu stopfen, statt einmal über grundlegende Neuorientierungen nachzudenken. Zudem macht sich bei den sogenannten „Sozialreformen“ der Eindruck breit, dass die Milliardenausgaben bei Wahnsinnsprojekten wie der Endlagerung in Gorleben, dem Stuttgarter Bahnhof oder der Bankensanierung ausgerechnet von den Ärmsten der Republik durch Leistungskürzungen getragen werden sollen. Wenn selbst so bescheidene Maßnahmen wie die zum 1. Januar 2011 geplante Erhöhung der Hartz IV-Bezüge um magere 5 Euro auf verfassungsrechtliche Bedenken stößt, stimmt etwas nicht.

Und welche Schäbigkeit spricht aus der Tatsache, dass im Jahre 2007 mit steigender Tendenz rund 500.000 Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe die Leistungen gesperrt wurden wegen „unzureichender Eigenbemühungen“ oder „Meldeversäumnissen“.

Die Existenzangst betrifft heute nicht mehr nur Arbeitssuchende. Die Zunahme von Arbeitsplätzen mit zu geringer Einkommenssicherheit bei Nichtselbstständigen und Selbstständigen, die prekären, d.h. schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnisse sind besorgniserregend. Dazu zählen Scheinselbstständigkeit, Ich-AG, Schwarzarbeit, Arbeitnehmerüberlassung, Minijob, Ein-Euro-Job, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die „Generation Praktikum“.



**NEU
ORIENTIEREN
STATT NUR
LÖCHER
STOPFEN**

MIMI EUNICE
[spricht: Me-Me und You-Ness]
Open Content: Nina Paley
(Übersetzung: Redaktion)



WER SOLL DAS BGE BEZAHLEN?

FINANZIERUNGSMODELLE für ein Bedingungsloses Grundeinkommen

Ob Kurzarbeitergeld, Aufstockungen für Arbeitslosengeldempfänger, Zuschüsse für Kleinrentner, Leistungen für Kinder und Familien – der Staat bastelt ständig an der Anpassung der sozialen Sicherungssysteme. Und das kostet Geld, viel Geld: Rund 40 Prozent aller in Deutschland Lebenden erhalten in der einen oder anderen Form Transferzahlungen durch den Staat in einer Gesamthöhe von mehr als 750 Milliarden Euro.

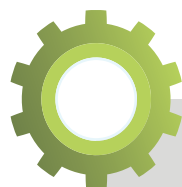
Klar ist inzwischen vielen Wissenschaftlern, Sozialpolitikern und denkenden Menschen, dass es auf Dauer nicht so weitergehen kann.

Alleine schon, weil der soziale Friede in unserem Lande gefährdet wird, wenn immer mehr Menschen aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, und weil wir nicht ständig Lasten auf künftige Generationen verschieben dürfen.

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen wird aus dieser Sicht nicht nur sinnvoll sein, sondern immer notwendiger. Der gewiss nicht extremer Ansichten verdächtige Direktor des renommierten Hamburger WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) – Prof. Dr. Thomas Straubhaar – bringt es auf den Punkt: „Die partiellen Reformvorschläge gehen an einer langfristig tragbaren

Lösung weit vorbei. Eine ganzheitliche Erneuerung der sozialen Sicherung ist stattdessen von Nöten ... Wir brauchen einen Systemwechsel hin zu einer steuerfinanzierten Grundsicherung für alle, hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen.“

Wenn auch immer mehr Wissenschaftler grundsätzlich ein BGE befürworten, scheiden sich die Geister bei der konkreten Ausgestaltung und vor allem der Frage der Finanzierung solch einer gewaltigen Sozialreform. Jedes Modell verfolgt eine andere Grundidee, wer das denn alles und wie bezahlen soll.

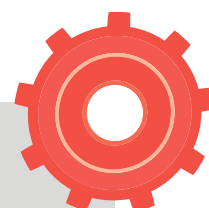


NEGATIVE EINKOMMENSTEUER

Dieses Modell ist streng genommen eine Alternative zum BGE, die Idee hat eine lange Tradition, geht auf den amerikanischen Ökonomen Milton Friedman (1912-2006) zurück und enthält einige interessante Aspekte. Bei diesem Ansatz wird an jeden Bürger eine Transferleistung zur Deckung des Existenzminimums gezahlt, die bei eigenem Einkommen abnimmt. Bei keinem oder einem geringem Einkommen erhält man Zahlungen, bei einem hohen Einkommen zahlt man Steuern.

Bestehend ist bei der negativen Einkommensteuer die Tatsache, dass sie ohne Bürokratie auskommt, sondern über die ohnehin bestehenden Finanzämter verwaltet werden kann. Außerdem würden die gewaltigen Kosten entfallen, die heute durch die Bedürftigkeitsprüfung und deren Kontrolle anfallen.

Und es bleibt die Motivation erhalten, auch für ein niedriges Gehalt zu arbeiten. Jeder verdiente Euro wirkt sich positiv auf das Einkommen aus und nicht erst dann, wenn das Einkommen die Sozialleistungen übersteigt.

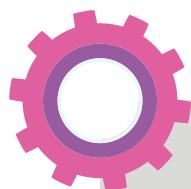


HWWI-MODELL GRUNDEINKOMMEN

Die Wissenschaftler des Hamburger WeltWirtschaftsinstituts HWWI wollen einen bestimmten Betrag als Transferzahlung an alle auszahlen, ebenfalls ohne bürokratische Prüfungen der Bedürftigkeit. Jeder profitiert davon und muss dafür auch keine Steuern entrichten. Alle anderen Einkünfte dagegen werden mit einem einheitlichen Steuersatz belastet.

Großer Vorteil: Die meisten der heutigen Sozialleistungen wie Grundrente, Sozialhilfe, Hartz IV, Renten- und Arbeitslosenversicherung, BAföG, Wohngeld, Kindergeld entfallen ersatzlos. Da auch die diversen Steuerfreibeträge wegfallen, wird im Nebeneffekt auch das heute völlig undurchschaubare Steuersystem einer dringend notwendigen Reform unterzogen.

Das HWWI stuft dieses Modell als ein einfaches und dennoch zielgenaues sozialpolitisches Konzept ein, das auch noch die Arbeitsanreize verbessert, weil auch hier jeder zuverdiente Euro lohnt.

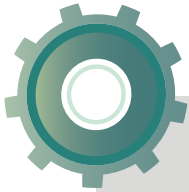
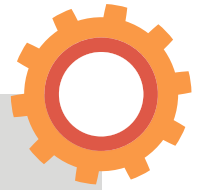


KINDERGRUNDSICHERUNG

Neben den BGE-Modellen, die die gesamte Bevölkerung einbeziehen, gibt es auch Vorschläge zu einer Teilgrundsicherung beispielsweise für Rentner oder Kinder. Die Hans-Böckler-Stiftung beispielsweise hat einen Vorschlag mit einer Kindergrundsicherung von derzeit 502 Euro im Monat erarbeitet, um der sich immer weiter ausbreitenden Kinderarmut zu begegnen. Der Betrag entspricht den derzeitigen steuerlichen Freibeträgen. In der Kindergrundsicherung sollen das bisherige Kindergeld, das bisherige Sozialgeld und die Kosten der Unterkunft und Heizung sowie alle anderen Leistungen für Kinder und Jugendliche aufgehen.

Auch hier wird Wert darauf gelegt, dass der Vorschlag der Kindergrundsicherung mit einer bedeutenden Entbürokratisierung des Sozialstaates einhergeht. Zitat: „Wer Kinder hat, wird dies zu schätzen wissen.“

NÄHERE INFOS:
SOZIALPIRATEN.PIRATENPARTEI.DE



WERNER-MODELL KONSUMSTEUER

Das von dem Inhaber der Drogeriekette dm – Götz Werner – bekannt gewordene Modell geht einen anderen Weg. Hierbei wird die Finanzierung nicht über die Einkommensteuer geregelt, sondern diese wird gleich ganz abgeschafft. Es gilt als für alle Einkünfte brutto = netto. Auch alle anderen Steuern wie die Unternehmenssteuern und die Sozialabgaben sollen nicht mehr existieren.

Statt dessen soll eine Mehrwertsteuer auf alle Waren und Dienstleistungen erhoben werden, die auf den ersten Blick mit bis zu 100 % sehr hoch aussieht, aber nicht zu einer Erhöhung der realen Preise führen soll. Zauberei? Werner argumentiert, dass heute die diversen Steuern und Abgaben in den Preisen versteckt enthalten sind; bei einem Wegfall also die Nettopreise sinken. Durch Aufschlag der Mehrwertsteuer würde es wieder zu den ursprünglichen Preisen kommen und die Kaufkraft bliebe unverändert.

Gedacht ist daran, dieses System stufenweise einzuführen, also Mehrwertsteuer und Grundeinkommen nach und nach zu erhöhen, bis eine Grundsicherung von 1000 Euro (nach heutigem Stand) pro Person erreicht ist.

MODELL DER SOZIALPIRATEN

Das Konzept „Sozialstaat 3.0“ der Sozialpiraten – einer offenen Plattform innerhalb der Piratenpartei – sieht ein zweigliedriges Grundeinkommen vor:

Ein Sockelbetrag von etwa 460 Euro soll jedem unabhängig von seiner Tätigkeit oder seinem Einkommen bedingungslos ausgezahlt werden. Den zweiten Teil bildet ein Wohngeld von durchschnittlich 350 Euro für die erste Person sowie 175 Euro für jede weitere Person im Haushalt. Das Wohngeld orientiert sich dabei am Mietspiegel, um regionale Unterschiede zu berücksichtigen. Zwar soll das Wohngeld unbürokratisch vergeben werden, aber leider kann dies nicht ohne Bedingungen erfolgen, denn es richtet sich nach dem Einkommen.

Die Finanzierung: Grob lässt sich das Konzept so skizzieren, dass Gelder, die heute in den Steuertopf fließen, nur anders verteilt werden, um das Grundeinkommen zu finanzieren. Ein Beispiel: Das Grundeinkommen ersetzt das Kindergeld, da jedes Kind das Grundeinkommen erhält. So können die Steuern, die für die Finanzierung des Kindergeldes verwendet wurden, jetzt in das Grundeinkommen einfließen.

Prinzip „Starke Schultern tragen mehr“

An anderer Stelle muss die Steuererhebung angepasst und modernisiert werden. Die Idee hinter dem heutigen progressiven Steuersystem ist, dass Steuern auf Arbeitnehmerentgelte langsam ansteigen müssen, um Geringverdienende zu entlasten. Dieser Ansatz ist gut, allerdings funktioniert unser Steuersystem nicht mehr wie erdacht und führt dazu, dass es sich für manche Bürger nicht mehr lohnt zu arbeiten.

Des Weiteren steigen Sozialabgaben und Krankenversicherungsbeiträge für reiche Bürger nicht. Gerade die Starken unserer Gesellschaft müssen die Lasten der Schwächeren mittragen. Die Sozialpiraten sehen daher kein künstliches Ende der Verantwortung, wie es bislang gehandhabt wurde.

In unserem heutigen Steuersystem steigen die Steuern auf Arbeitnehmerentgelte stufenweise an bis zu einem Spitzensteuersatz von 43 %. Dieses System wird durch das Grundeinkommen überflüssig und durch eine einheitliche Einkommenssteuer von 45 % ersetzt, welche sich für reiche Bürger auf 50 % erhöht. Im neudeutschen Sprachgebrauch nennt man diese Steuerart auch Flat Tax.

Eine Flat Tax von 45 oder 50 % — ist das nicht ungerecht?

Nein, nicht in Kombination mit dem Grundeinkommen, meinen die Sozialpiraten. Die geschickte Kombination von Flat Tax und Grundeinkommen führt nämlich schlussendlich zu einem progressiven Steuerverlauf, der für niedrige Einkommen deutlich geringere Steuern vorsieht. Allerdings kann man die heutige Einkommensteuer mit dem Konzept der Flat Tax nicht direkt miteinander vergleichen. Heute müssen Krankenkassenbeiträge noch zusätzlich gezahlt werden; nach dem Konzept der Sozialpiraten sind in der Einkommenssteuer von 45 % schon die Krankenkassenbeiträge enthalten.

Schlussendlich ist der Vorschlag der Sozialpiraten kein echtes bedingungsloses Grundeinkommen, sondern nur ein Grundeinkommen. Die Bedingungslosigkeit ist durch ein einkommensabhängiges Wohngeld noch nicht hergestellt. Im Rahmen der Forderungen der Piratenpartei nach einem bedingungslosen Grundeinkommen kann das Modell jedoch ein großer Schritt in diese Richtung sein.

FINANZIERUNG MÖGLICH?

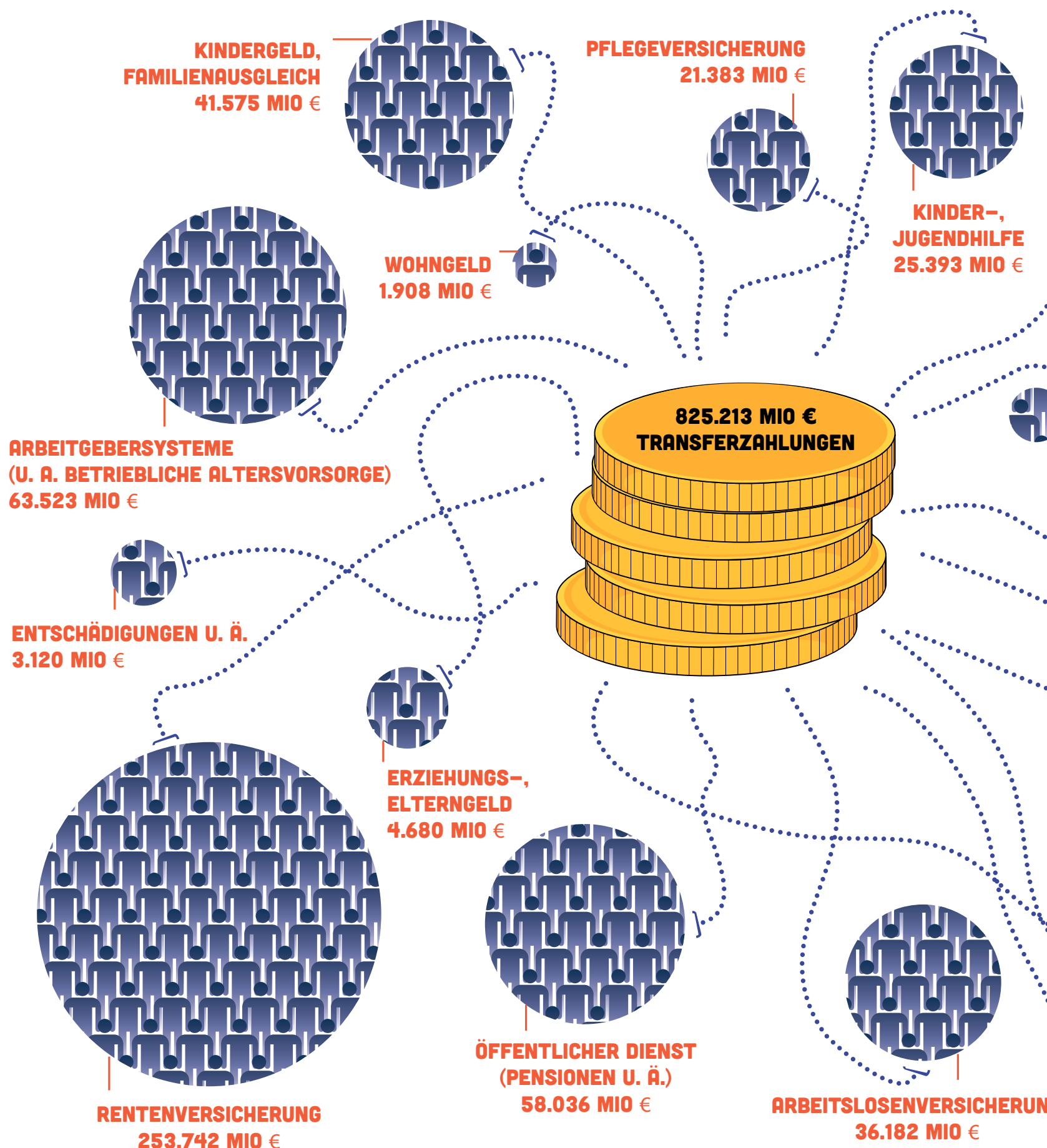
Natürlich kann einem schwindlig werden, wenn man die gewaltigen Summen betrachtet, die für ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgegeben oder umgeschichtet werden müssen. Aber Experten sagen, dass dies möglich wäre. Man muss dagegen aufrechnen, was bereits heute an Transferleistungen durch den Staat geleistet wird. Rechnet man zu den dann hinfällig

werdenden Transferzahlungen noch die Einsparungen durch verminderte Bürokratie hinzu, ist ein BGE doch nicht so unmöglich. Utopie – aber machbar!

Selbst unserem Bundesfinanzminister scheint die gegenwärtige Lage des Sozialstaates nicht so ganz ideal. Er gibt zu diesem Thema auf seiner Website wolfgang-schaeuble.de einen bemerkenswerten Kommentar:

„Dieses Land gibt einschließlich der Sozialversicherungen etwa eine Billion Euro Sozialleistungen im Jahr aus. Das sind im Durchschnitt 12.500 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Da muss man schon die Frage stellen, ob wir die Effizienz unserer Sozialleistungen nicht verbessern können.“

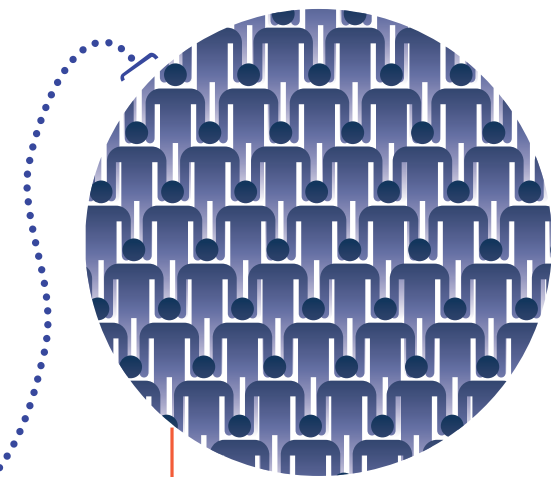
SOVIEL KOSTET UNS HEUTE DER SOZIALST



AAT

Insgesamt werden also mehr als 800 Milliarden Euro für den Erhalt und die Verwaltung unserer Sozialsysteme aufgewendet. Trotzdem liegt die Armutsgefährdungsquote in Deutschland bei 15,6 Prozent der Bevölkerung. Zum Vergleich: Die Entgelte aller Arbeitnehmer betrugen im gleichen Jahr gerade mal 150 Prozent der Sozialleistungen, genau 1.262.000 Millionen Euro.

Quelle: Statistisches Bundesamt,
vorläufige Zahlen für 2010



KRANKENVERSICHERUNG
173.965 MIO €

AUSBILDUNGSFÖRDERUNG
2.186 MIO €



**SONDERSYSTEME
(VERSORGUNGSWERKE U. Ä.)**
24.965 MIO €

ARBEITSLOSENHILFE
629 MIO €

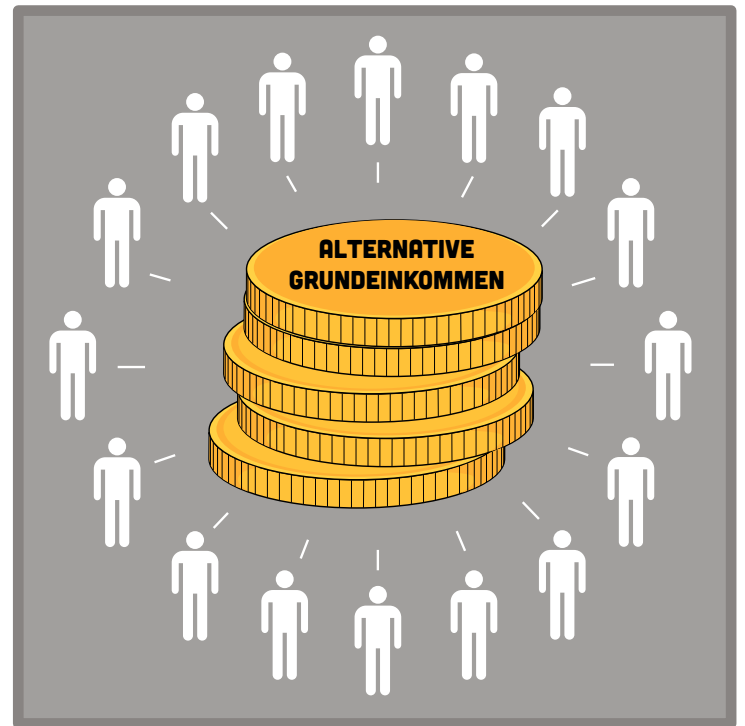


UNFALLVERSICHERUNG
11.898 MIO €

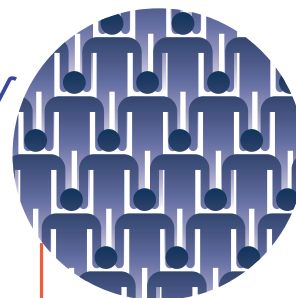
SOZIALHILFE
24.911 MIO €



STEUERLICHE LEISTUNGEN
30.736 MIO €



GRUNDSICHERUNG ARBEITSSUCHENDE
46.381 MIO €



MACHT EIN GRUNDEINKOMMEN FAUL?

KAPERGESPRÄCH mit Pavel Mayer

Kaperbrief (KB): Das Bedingungslose Grundeinkommen sieht Zahlungen für jedermann vor. Ohne Bedürftigkeit, ohne Bereitschaft zur Erwerbsarbeit. Sitzen wir dann alle nur noch auf dem Sofa und lassen es uns gut gehen?

Pavel Mayer (PM): Fragt man Erwerbstätige Menschen, ob sie bei einem bedingungslosen Grundeinkommen weiter arbeiten würden, sagen 80 % von ihnen Ja. Fragt man sie, ob die Anderen weiter arbeiten würden, sagen 80 % Nein. Wie sich die Menschen tatsächlich verhalten werden, hängt ab von der Höhe des Grundeinkommens, aber auch von den Beschäftigungsmöglichkeiten und -bedingungen. Die meisten Menschen werden sich aber kaum mit dem Grundeinkommen zufrieden geben, und auch die meisten heutigen Millionäre liegen ja nicht auf dem Sofa, obwohl sie es sich leisten könnten.

Die Beschäftigungslandschaft wird sich sicher verändern, und es wird vielleicht weniger Erwerbsarbeit geleistet werden. Das wäre dann aber auch gut so, denn es leuchtet mir nicht ein, warum Menschen in teuren Beschäftigungsgesellschaften sinnlose Arbeit verrichten müssen, wenn sie stattdessen bei geringeren Kosten für den Steuerzahler ein selbstbestimmtes Leben führen könnten.

Zwei andere Zahlen zeigen auch, dass wir uns alle etwas vormachen, wenn wir darüber reden, wie viel in Deutschland gearbeitet wird. Tatsächlich werden in Deutschland rund 57 Mrd. Arbeitsstunden im Jahr geleistet. In gleichen Zeitraum werden aber 105 Mrd. Stunden vor dem Fernseher verbracht.

KB: Aber das wird von den Gegnern doch immer angeführt: Die Arbeitsmotivation sinke, eine innovationsfeindliche Rentnermentalität mache sich breit.

PM: Wir haben in Deutschland eine ungesunde Vorstellung von Arbeit, was vermutlich auf die Kantsche Pflichtethik zurückgeht. Richtige Arbeit darf keinen Spaß machen, und was nicht bezahlt wird, ist in den Augen Vieler auch keine richtige Arbeit. Gleichzeitig hängen wir am utopischen Ziel der Vollbeschäftigung, die es in Deutschland nur einmal für kurze Zeit gegeben hat.

Wenn Arbeit Spaß macht und angemessen bezahlt wird, wird die Motivation kaum sinken. Und nichts gegen Rentner, viele von ihnen arbeiten auch, vor allem ehrenamtlich.

KB: Zeigt nicht das Beispiel Schweiz, dass auch das Ziel Vollbeschäftigung lohnend ist?

PM: Wenn Vollbeschäftigung in Deutschland ohne BGE ein realistisches Ziel wäre, gäbe es diese Debatte wohl nicht.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen und Vollbeschäftigung schließen sich allerdings nicht aus, im Gegenteil. Der Anreiz zum Arbeiten dürfte bei einigen Grundeinkommensmodellen sogar größer als in unserem jetzigen System sein, und viele Menschen könnten ihren Bedarf an Erwerbsarbeit viel flexibler befriedigen und wären damit auch nicht mehr gezwungen, sich fälschlich als arbeitsuchend auszugeben.

Allgemein ist Vollbeschäftigung als Ziel weder gut noch schlecht, denn die Arbeitslosenquote allein sagt nichts über die Lebens- und Erwerbsituation der Menschen aus. Im Ostblock gab es Vollbeschäftigung, in Thailand herrscht Vollbeschäftigung, in Mexiko und China nahezu auch. Mit diesen Ländern wollen wir um den Preis der Vollbeschäftigung gewiss nicht tauschen. In Europa gibt es derzeit fünf Länder mit Vollbeschäftigung, und auch in Deutschland haben wir Bundesländer und Regionen, in denen praktisch Vollbeschäftigung herrscht, etwa Bayern und Baden-Württemberg. Regional und vorübergehend ist Vollbeschäftigung Realität, aber global und dauerhaft derzeit nicht einmal wirtschaftstheoretisch möglich. Die Schweiz ist auch so ein regionaler Sonderfall und kleiner als Bayern.

Vollbeschäftigung um den Preis der Unterdrückung von Menschen ist aber kein erstrebenswertes Ziel, egal, ob diese im In- oder Ausland geschieht.

KB: Ist nicht dennoch besser, den Menschen eine subventionierte Arbeit zu verschaffen? Schließlich fühlen sich Arbeitslose schlecht, wenn sie keine Arbeit haben.

PM: Die meisten Arbeitslosen fühlen sich schlecht, weil sie kein Geld haben und existentielle Not leiden. Auf erzwungene Erwerbsarbeit könnten die meisten Menschen gut verzichten, wenn diese Folgen nicht wären. Ich gehe allerdings davon aus, dass etwa jeder Fünfte ein Leben ohne Erwerbsarbeit allein nicht bewältigen kann, selbst wenn er materiell versorgt ist. Für diese Menschen braucht es auch weiterhin geeignete Beschäftigungsangebote. Was wir

WENN VOLLBESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND OHNE BGE EIN REALISTISCHES ZIEL WÄRE, GÄBE ES DIESE DEBATTE WOHL NICHT.

aber derzeit haben ist, dass wir alle Arbeitslosen versuchen in teure Beschäftigung zu drücken, obwohl die meisten gern darauf verzichten könnten.

KB: Ist ein BGE nicht ungerecht gegenüber denen, die arbeiten?

PM: Das ist vielleicht die größte Hürde, die ein BGE zu nehmen hat. Die FDP hat hierfür das fürchterliche Wort „Leistungsgerechtigkeit“ geprägt, und es steckt in unser aller Köpfe, dass es nichts umsonst gibt und es zu jeder Leistung einer Gegenleistung bedarf.

So primitiv und herzlos ist die Welt und der Mensch zum Glück nicht, denn ein solches Denken ignoriert die unantastbare Würde jedes Menschen und führt in eine Gesellschaft, in der dann Menschen als lebensunwert eingestuft werden. Über dieses zivilisatorische Stadium sollten wir weit hinaus sein.

Ohnehin leisten die meisten Menschen in Deutschland keine Erwerbsarbeit, sei es, weil sie sich bilden, zu jung oder zu alt sind, weil sie krank sind, weil sie sich um die Familie kümmern oder keine Arbeit finden. Die meisten Menschen in Deutschland hängen also von Anderen ab, um überleben zu können.

Wie wertvoll jeder einzelne Mensch ist, zeigt auch ein Gedankenspiel: Glaubte man, allein auf der Welt zu sein, wie sehr würde man sich wohl über die Begegnung mit einem beliebigen anderen Menschen freuen?

Dem Einzelnen bleibt keine Wahl, als sich den Regeln unserer Gesellschaft zu unterwerfen. Im Gegenzug muss er darauf vertrauen können, dass er nach diesen Regeln als Mensch existieren kann. Wenn die Regeln aber so sind, dass er seinen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten kann, muss die Gesellschaft helfen. Das ist zwar grundsätzlich heute bereits so, doch leider glaubte der Gesetzgeber, Hartz-IV-Bezieher das Leben möglichst unangenehm machen zu müssen, um deren Zahl möglichst klein zu halten und die Akzeptanz bei der zahlenden Bevölkerung zu haben.

CDU und FDP haben es auch sehr gut geschafft, die Verantwortung für Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen zuzuschieben, denn andernfalls läge ja ein Dauerversagen von Politik und Wirtschaft vor, und das kann nicht sein, weil es nicht sein darf.

Aus diesen Gründen ist unser System so gestaltet, als ob die Hartz-IV-Bezieher dafür ver-

antwortlich sind, dass es ständig zwei Millionen mehr von ihnen gibt als offene Stellen.

Tatsächlich aber tragen wir alle dafür die Verantwortung, und daher ist es nur gerecht, wenn wir alle die Verantwortung für die Millionen Menschen ohne Chance auf angemessene Erwerbsarbeit übernehmen, zumal jeder plötzlich dazugehören kann. Das wäre gerecht.

KB: Welcher Personenkreis soll das BGE erhalten? Nimmt man nur deutsche Staatsangehörige, dann bleiben ja gerade die oft in prekären Verhältnissen lebenden Nicht-Deutschen auf der Strecke.

PM: Da habe ich eine klare Haltung: Wer in Deutschland lebt und einkommensteuerepflichtig ist, sollte auch Anspruch auf BGE haben, denn er ist Teil unserer Gesellschaft und trägt ja mit seinem Einkommen auch zur Finanzierung des BGE bei. Eine Zweiklassen-Gesellschaft trägt auch nicht zum sozialen Frieden bei. Im Übrigen dürfte ein BGE für Alle auch erheblich zur Sicherheit in unserer Gesellschaft beitragen.

KB: Es konkurrieren verschiedene Modelle eines Bedingungslosen Grundeinkommens, die sich vor allem in der Kernfrage der Finanzierung unterscheiden. Pavel, welches Modell ist Dir am sympathischsten? Und welches hältst Du für wirtschaftlich am sinnvollsten?

PM: Grundsätzlich bin ich da offen, alle Modelle haben bestimmte Vor- und Nachteile, und es ist ein Mammutprojekt, so etwas halbwegs brauchbar durchzurechnen. Die Umsetzung sollte ohnehin schrittweise erfolgen, und mit Pilotprojekten ließe sich auch das Verhalten der Menschen genauer vorhersagen.

Derzeit gefällt mir die negative Einkommensteuer recht gut, weil damit alles flexibel und effizient über das Finanzamt abgewickelt werden kann. Die Sanktionsmechanismen für Betrüger gäbe es auch schon. Jeder könnte damit bei weniger Bürokratie individuell dazuverdienen und so individuell zur Wirtschaft beitragen.

Ich möchte auch, dass eine einkommensabhängige Progression im Steuersystem erhalten bleibt. Eine reine Finanzierung über Verbrauchssteuern hat da aus meiner Sicht einige schwerwiegende Probleme: Sie führt leicht dazu, dass hohe Einkommensbezieher noch schneller Vermögen anhäufen, so dass man zusätzliche Vermögenssteuern bräuchte, die sehr unschön sind. Das Hauptproblem mit einer reinen Konsumsteuerfinanzierung sehe ich aber darin, dass ja indirekt auch Arbeit sehr hoch

besteuert würde, wenn ich etwa als Verbraucher Dienstleistungen wie z.B. einen Handwerker in Anspruch nähme und dann etwa 100 % Mehrwertsteuer darauf liegen würden. Nimmt man Dienstleistungen von der Konsumsteuer aus, bliebe zu wenig übrig, oder wir hätten ein gewaltiges Schwarzmarktproblem.

KB: Könnte man auch verschiedene Ansätze wie die „Negative Einkommensteuer“ und beispielsweise eine Konsumsteuer kombinieren?

PM: Es spricht aus meiner Sicht nichts dagegen und einiges dafür, denn grundsätzlich will man ja das Besteuern, was man vermeiden möchte, und das ist der Verbrauch von begrenzten Ressourcen. Als sehr langfristige Visi-

on kann ich mir vorstellen, dass ausschließlich der Verbrauch an Rohstoffen und die Belastung von Ökosystem und öffentlicher Infrastruktur als Bemessungsgrundlage für Steuern herangezogen wird, aber da reden wir von fünfzig Jahren und mehr, bis man so weit sein könnte.

KB: Du hast bis jetzt nichts zur Höhe des BGE gesagt. Was hältst du erforderlich, was für machbar?

PM: Eine genaue Zahl kann ich nicht nennen, und es hängt auch von vielen Nebenbedingungen ab. Ebenfalls wichtig ist die Frage, ob das BGE in ganz Deutschland einheitlich sein soll oder regionale Unterschiede in den Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden. Letzteres hielte ich für sinnvoll.

Dennoch will ich hier mal einen Rahmen abstecken: Ich glaube, dass nach heutigem Geld ein BGE sich zwischen 500 und 1000 Euro bewegen müsste. Wenn es in der Nähe von 500 Euro läge, müsste aber die Krankenversicherung frei sein, und eine Unterkunft ließe sich damit wohl auch nur schwer voll bezahlen. Läge es in der Nähe von 1000 Euro, dürfte man hingegen erwarten, dass es im Normalfall keine Zusatzleistungen gibt.

Grundsätzlich halte ich ein BGE zwischen 500 und 1000 Euro auch für problemlos finanzierbar, ohne wesentlich mehr Geld umzuverteilen als bisher. Wir werden allerdings auch ohne BGE nicht umhinkommen, die Steuerbasis von den Erwerbseinkommen mehr hin zu anderen Einkommensarten und zum Konsum hin zu verlagern.

PAVEL MAYER
Foto: Ben de Bie



Pavel Mayer ist Informatiker, lebt in Berlin, wurde im September 2011 für die Piratenpartei in das Abgeordnetenhaus Berlin gewählt und ist dort u.a. Wirtschaftspolitischer Sprecher der Piratenfraktion.

Im Übrigen wäre ich für ein dynamisches Modell, bei dem die konkrete Höhe des BGE und der Abgabenlast sich an die Wirtschaftsleistung und die Ausgaben anpasst, so dass bei vielen Beziehern und sinkender Wirtschaftsleistung auch die Höhe des BGE sinkt, während bei gut laufender Wirtschaft und weniger Beziehern die Höhe steigt und die Abgabenlast sinkt.

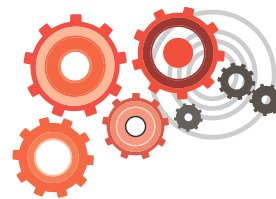
KB: Wenn auch die Befürworter eines BGE täglich mehr werden und unser heutiges Sozialsystem kaum noch zu verantworten ist, wie lange wird Deiner Meinung nach solch eine historische Mammutreform benötigen, 10 Jahre, 30 Jahre, 50 Jahre?

PM: Das hängt davon ab, ob und wie man das Gesundheits- und Rentensystem mit umbaut. Um letzteres wird man kaum herumkommen. Das bedeutet, dass bestehende Ansprüche honoriert werden müssen und den Menschen ausreichend Zeit gegeben werden muss, sich auf zusätzliche Formen der Alterssicherung einzustellen, wenn sie im Alter nicht allein auf das Grundeinkommen angewiesen sein wollen. Außerdem braucht auch die Wirtschaft längere Übergangszeiten, um sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen. Ich glaube, dass ein Einstieg sehr kurzfristig innerhalb einer Legislaturperiode möglich wäre, aber die vollständige Umsetzung mindestens 20 Jahre brauchen wird, wenn nicht zwischendurch ein wirtschaftlicher Zusammenbruch eine schnelle Veränderung möglich und nötig macht.

ICH GLAUBE, DASS EIN EINSTIEG INNERHALB EINER LEGISLATURPERIODE MÖGLICH WÄRE, ABER DASS DIE VOLLSTÄNDIGE UMSETZUNG MINDESTENS 20 JAHRE BRAUCHT.

FREIHEIT UND SOZIALE FRAGE

SOZIALPOLITIK MUSS NEU GEDACHT WERDEN Von Angelika Brinkmann



Die Verpflichtung auf einen sozialen Rechtsstaat war eine historisch bedeutsame Fortentwicklung gegenüber dem liberalen Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts, der in der Wahrung der Gleichheits- und bürgerlichen Freiheitsrechte seine wichtigste Aufgabe gesehen hatte. Nunmehr ist der Staat verpflichtet, durch soziale Maßnahmen (z.B. bei der Einkommens-, Steuer- und Vermögenspolitik) die Grundlagen der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit fortzuentwickeln. Im 21. Jahrhundert bedarf es neuer wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen, das von den Piraten beschlossene Bedingungslose Grundeinkommen ist eine davon.

STICHWORT: LIBERALISMUS

Die Gesellschaftslehre des Liberalismus (von lat. Liberalis, die Freiheit betreffend, freiheitlich) wurde von Adam Smith mitbegründet und sieht den Menschen primär als ein Bedürfniswesen. Das Problem für ein Gemeinwesen und für das friedliche Zusammenleben der Menschen besteht nun darin, den Eigennutz der Menschen und das Gemeinwohl miteinander zu verbinden. Die Antwort des Liberalismus lautet: Motor der Entwicklung und des „Wohlstandes der Nationen“ ist der Eigennutz in einer arbeitsteiligen, auf Austausch orientierten Gesellschaft.

DIE „SOCIALE“ FRAGE

Die Organisation der sozialen Sicherheit auf der Basis eines Arbeitsverhältnisses lag ganz in der Tradition der Lösung der „socialen Frage“ des 19. Jahrhunderts. Sowohl die sich nach 1860 bildenden Gewerkschaften und Arbeiterparteien wie die Bismarcksche Sozialgesetzgebung hatten den in einem „normalen“ Arbeitsverhältnis stehenden Menschen zur Voraussetzung. 1878 setzte Bismarck im geeinten Deutschen Reich mit Hilfe des sogenannten Sozialistengesetzes das Verbot aller sozialistisch/kommunistisch orientierten Parteien und Gewerkschaften durch (bis 1890). Gleichzeitig beginnt der Ausbau des Sozialstaats zur Lösung der „Socialen Frage“.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Neben der im Grundgesetz verankerten „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ waren es auch die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die das Selbstverständnis der Bundesrepublik für Jahrzehnte prägten. Alfred Müller-

Armack, der Wortschöpfer des Begriffs, Ludwig Erhard (Wohlstand für alle) u.a. haben als Mitglieder des „Freiburger Kreises“ das Konzept entwickelt. Laut Müller-Armack bedeutet die Soziale Marktwirtschaft nicht die Rückkehr zu einem überwundenen Liberalismus; vielmehr geht es um eine Nutzbarmachung von unternehmerischer Initiative für die volkswirtschaftlichen Belange. Der soziale Charakter der „modernen Marktwirtschaft“ liegt danach auch darin, einen marktwirtschaftlichen Einkommensausgleich zur Beseitigung ungleicher Einkommens- und Besitzverschiedenheiten zu leisten, und zwar durch Besteuerung und durch Familienzuschüsse, Kinder- und Mietbeihilfen an sozial Bedürftige.

Aus diesem Grund wurde auch das Gesetz zur Dynamisierung der Renten, d.h. zur Anpassung der Renten an die gesamtgesellschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung der Lohnsteigerungen und Inflationsraten, 1957 eingeführt und seitdem weiterentwickelt. Bis 2001 war die Sicherung des Rentenniveaus von 70 % für einen Durchschnittsfall das Ziel der jährlichen Rentenanpassung. Dies wurde auf 65 % herabgesetzt und gleichzeitig ein Paradigmenwechsel vollzogen: Nicht mehr das Rentenniveau war Grundlage der Rentenanpassung, sondern die Sicherung des Beitragssatzes.

KEINE NEUE SOZIALE FRAGE

Auch in der Bundesrepublik wurde mit Beginn der Rezession in 1974 deutlich, worauf das System der sozialen Sicherheit und die Garantien des „Wohlfahrtsstaates“ beruhten: auf den Leistungen des ökonomischen Systems; auf geringer Arbeitslosigkeit und einer nicht zu stark schrumpfenden Erwerbsquote. Weil die damalige ökonomische Basis die Quantität und Qualität der langfristig angelegten Leistungen der sozialen Sicherheit gefährdete, setzten im Sommer 1975 Überlegungen ein, wie verschiedene Leistungen eingeschränkt oder gar rückgängig gemacht werden konnten.

Die Thematisierung daraus resultierender sozialer Probleme führte zu heftigen Auseinandersetzungen, hervorgerufen durch die von den CDU-Politikern Geissler, Biedenkopf und von Weizsäcker aufgeworfene „Neue soziale Frage“. Damit wurde als gesellschaftlich-politisches Problem die Tatsache bezeichnet, dass die soziale Sicherheit der nicht oder nicht mehr oder nicht ständig im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung nicht gewährleistet werden kann.

FREIHEIT OHNE ANGST

Am 8. Juni 1967 trat das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) in Kraft. Die staatliche Konjunkturpolitik erhielt damit eine klare gesetzliche Grundlage. Heute, 45 Jahre später, haben sich die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft und damit auch die Wirtschaftspolitik dramatisch verändert. Die Geldpolitik liegt bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und Fiskalpolitik unterliegt dem EU-Stabilitätspakt, der 30 Jahre später, im Juni 1997 beschlossen wurde.

Am 22.02.2002 gab der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) die Einrichtung einer neuen Kommission bekannt mit dem Titel „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz“ unter Leitung des damaligen Personalvorstandes der VW-AG Peter Hartz, der gleichzeitig zum Namensgeber der daraus resultierenden Gesetze avancierte. Hier werden sie Umstrukturierungsgesetze (USG) bezeichnet, da sie genau dies beabsichtigten.

10 Jahre später lässt sich feststellen, dass keine Kommission die Bundesrepublik stärker geprägt und verändert hat als die mit ihr verbundenen Maßnahmen: Hartz I – Umstrukturierung der Leiharbeit/Zunahme der Zeitarbeit; Hartz II – Einrichtung der sogenannten Ich-AG, Mini- und Midijobs; Hartz III – Neustrukturierung des Arbeitsamts; Hartz IV – Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln. Die Entscheidungs- und Wahlfreiheit einer großen Anzahl von Bürgern wurde erheblich beschnitten und geht einher mit Armut und Existenznöten.

NETZWERKE - WERTENETZ

Netzwerke sind Datenschutz, Datensicherheit, digitaler Schutz öffentlicher und privater Räume. Das Wertennetz ist weitergespannt. Es umfasst Freiheit, Bürgerrechte, soziale Sicherheit und informationelle Selbstbestimmung. Das Bedingungslose Grundeinkommen ist eine Säule einer neuen sozial gerechteren freiheitlich selbstbestimmten Ordnung.

Bei der Ausgestaltung eines neuen Freiheitsbegriffs geht es nicht nur um Netzwerke, sondern die Verknüpfung mit dem Wertennetz. Daher muss im 21. Jhd. die Organisation gesellschaftlicher Wertschöpfung neu gedacht werden.

Dr. Angelika Brinkmann ist Vertreterin der Fraktion der Piraten im Lenkungsausschuss Bezirksliches Stadtteilmanagement von Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

DABEI SEIN STATT NUR DAGEGEN!

MISCH DICH EIN und unterstütze die Piraten

Die Redaktion des Kaperbriefs freut sich über jede Hilfe. Die Piratenpartei verfügt nur über wenige Finanzmittel. Aktivitäten wie der Kaperbrief werden daher ausschließlich über Spenden möglich. Wir bitten deshalb um Spenden an die Piratenpartei:

Konto 700 602 7900

BLZ 43060967

GLS Gemeinschaftsbank

Als Verwendungszweck bitte angeben:

Spende Kaperbrief

Wichtig: Namen und Anschrift bitte für die Parteienfinanzierung angeben!

Die Redaktion freut sich übrigens nicht nur über E-Mails, sondern auch über physische Post.

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZUR MITGLIEDSCHAFT

Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist ein Mindestalter von 16 Jahren. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 36 Euro pro Jahr, bei Eintritt in einem laufenden Jahr wird er anteilig entrichtet. Bei einem Wohnsitz in Deutschland (die deutsche Staatsbürgerschaft ist nicht Voraussetzung) bitten wir darum, Mitgliedsanträge und -beiträge direkt an die jeweiligen Landesverbände zu richten. Die Links zu den Mitgliedsformularen der jeweiligen Landesverbände findest du unter:

www.kaperbrief.org/mitglied-werden

WAS BEDEUTET ES MITGLIED ZU SEIN?

Mit der Mitgliedschaft erwirbst du das Recht, auf Parteitage und anderen Gremien über die Zukunft der Partei mitzuentcheiden. Du erhältst ein aktives und passives Wahlrecht für alle Parteiämter von Gliederungen, in denen du Mitglied bist. Mit der Mitgliedschaft bist du automatisch Mitglied des Bundesverbandes sowie aller Gebietsverbände im Gebiet des Wohnsitzes.

DER BEITRAG IST MIR ZU HOCH, KANN ICH TROTZDEM MITGLIED WERDEN?

Wende dich mit einer begründeten Anfrage an den Vorstand deines Landesverbandes, um eine Ermäßigung des Beitrages zu beantragen. Bitte lege gegebenenfalls einen Nachweis der Bedürftigkeit bei. Die Angaben werden vertraulich behandelt und nicht weitergegeben!

ICH BIN MITGLIED EINER ANDEREN PARTEI, KANN ICH TROTZDEM PIRAT SEIN?

Die Piratenpartei erlaubt die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer anderen Partei. Die Mitgliedschaft in einer Organisation oder Vereinigung, deren Zielsetzung den Zielen der Piratenpartei Deutschland widerspricht, ist dagegen nicht zulässig.

IMPRESSUM

Kaperbrief – Piratenzeitung
ISSN: 2191-3056

1. Auflage 2012

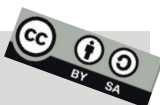
Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Telefon: 030/27572040
Fax: 030/609897-517

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Dieser QR-Code enthält die Webadresse **www.kaperbrief.org/b02**, von wo aus man auf alle Links verwiesen wird, die in dieser Ausgabe des Kaperbriefs vorkommen.



Open Content: Nina Paley, Übersetzung Redaktion

Aus der sozialpolitischen Misere könnte ein Finanzmodell führen, bei dem jeder Bürger eine bestimmte und **gleiche finanzielle Zuwendung** erhält, ohne dass diese Zahlung an bestimmte Bedingungen wie Bedürftigkeit oder Erwerbstätigkeit geknüpft ist. Das jedenfalls diskutieren immer mehr Wissenschaftler und Politiker als **ernstzunehmende Alternative**.

Das Konzept des **Bedingungsloses Grundeinkommens** (BGE) führt außerdem zu einem deutlichen **Abbau von Bürokratie**, denn die bisher aus Steuern gezahlten Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Bafög oder Kindergeld würden in das Grundeinkommen eingerechnet und damit entfallen. Allein dieser Aspekt verdient Beachtung, denn die **entwürdigenden Methoden der Überprüfung und Überwachung** von Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfe-Empfängern sind unerträglich.

Allerdings konkurrieren viele Modelle eines Bedingungslosen Grundeinkommens wie das „**Bürgergeld**“ oder die „**Negative Einkommensteuer**“. Verschiedene Initiativen wollen das BGE stufenweise einführen, also beispielsweise zunächst für Geringverdiener oder Kinder und Jugendliche, um es dann nach und nach auf die gesamte Bevölkerung auszudehnen. Unterschiedliche Meinungen gibt es auch bei der **Frage der Finanzierung**.

Anregungen und Meinungen zu vielen dieser Themen findet man in diesem Kaperbrief.

